

28/1993

Generalsekretär Peter Hintze:

Sieben Folgerungen aus dem Hamburger Wahlergebnis

Die Hamburger Bürgerschaftswahl war eine regionale Wahl, die sehr stark von regionalen Ursachen geprägt war. Dirk Fischer und die Hamburger CDU haben trotz einer sehr schwierigen Ausgangslage einen engagierten Wahlkampf geführt. Aus dem Wahlergebnis sind auch allgemeine Folgerungen für die CDU zu ziehen:

1. Die Wahlen kamen für die Hamburger CDU zu einem denkbar ungünstigen Augenblick. Dennoch muß die Partei den bereits begonnenen inneren Reformprozeß mit aller Kraft weiter fortsetzen. Dies bedeutet für die gesamte CDU: eine offenere Parteiarbeit, eine verstärkte Programmdiskussion sowie die ständige Neugewinnung interessanter Persönlichkeiten für die CDU.

2. Die Bürger erwarten zu Recht, daß ihre Probleme von Politikern nicht nur diskutiert, sondern gelöst werden. Dazu brauchen wir in Deutschland aber auch weiterhin eine klare Gestaltungsmehrheit. Gerade die zunehmende Zersplitterung der Parteienlandschaft verhindert jedoch handlungsfähige Mehrheiten. Der Preis wäre ein Verlust an Stabilität.

3. Die CDU muß das Schlüsselthema „Wirtschaftspolitik“ sichtbarer zu ihrer eigenen Sache machen. Dazu gilt es, das Thema personell und sachlich noch stärker zu besetzen. Wir werden deutlich machen, daß die Konzepte zur Sicherung des Zukunftsstandorts Deutschland weder durch einseitige Zugeständnisse an kleine Wählergruppen noch

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● 4. Parteitag

Hans-Joachim Reck: Jetzt fängt die eigentliche Arbeit erst an. Seite 3

● Innenpolitik

Zuwanderungssaldo nach Deutschland liegt über dem geschätzten Bedarf. Entschließung des Bundesfachausschusses Innenpolitik zur Forderung nach einem Einwanderungsgesetz. Seite 4

● Pflege

Finanzierung der Pflegeversicherung: Der Koalitionsvorschlag ist ein moderater und gangbarer Weg. Seite 11

● Umweltschutz

Ohne Kläranlage keine neuen Arbeitsplätze in Bitterfeld. Seite 12

● Dokumentation

Erziehung und Ausbildung in unserem freiheitlichen und demokratischen Bildungssystem. Beschluß des 4. Parteitags in Berlin mit der Einführungsrede von Georg Gölter. Grüner Teil

● CDU-extra

Für CDU-Geschäftsführer: Zusammenstellung bestehender Versicherungen und das Rahmenabkommen mit der GEMA. Blauer Teil

Die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft 1993 im Vergleich zu anderen Wahlen

	Bürgerschaft 1993		Bürgerschaft 1991		Bundestagswahl 1990 (Zweitstimmen)		Europawahl 1989	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	1240464		1256147		1263637		1251841	
Wahlbeteiligung	863310	69,6	830776	66,1	988556	78,2	707317	56,5
Gültige Stimmen	844927		819773		980727		701862	
SPD	341705	40,4	393414	48,0	402530	41,0	294026	41,9
CDU	212225	25,1	287467	35,1	359333	36,6	220856	31,5
Grüne/GAL	114308	13,5	59262	7,2	56906	5,8	80372	11,5
Statt Partei	46895	5,6	—	—	—	—	—	—
REP	40817	4,8	9959	1,2	16911	1,7	41789	6,0
F.D.P.	35216	4,2	44460	5,4	117293	12,0	43263	6,2
DVU	23579	2,8	—	—	—	—	10379	1,5
Die Grauen	13319	1,6	7219	0,9	11561	1,2	—	—
Sonstige	16863	2,0	17992	2,2	16193	1,7	11177	1,4

(Fortsetzung von Seite 1)

durch eine angestaubte Verteilungsideo-
logie gefunden werden können. Hier ist
die CDU als Volkspartei am ehesten in
der Lage, zukunftsweisende Konzepte zu
entwickeln und den sozialen Ausgleich
sicherzustellen.

4. Die deutsche Politik hat es mit einer
Fülle von hochkomplizierten Problemen
zu tun; die Problemlösung wird dadurch
erschwert, daß sehr viele Fragen gleich-
zeitig zu beantworten sind. Hier ist auch
eine hohe Disziplin gefordert: nach
gründlicher Diskussion und Meinungsbil-
dung müssen die einmal getroffenen Ent-
scheidungen auch geschlossen vertreten
werden. Es nährt Politikverdruß, wenn
auf eine politische Entscheidung sogleich
wieder Einwände und Bedenken aus den
eigenen Reihen kommen.

5. Das Wahlergebnis der Rechtsradika-
len muß jeden Demokraten erschrecken.
Die Rechtsradikalen beschädigen das
Bild Deutschlands. Sie gefährden den
inneren Frieden und sind zugleich eine

Bedrohung für viele Arbeitsplätze. Die
CDU als große Kraft der Mitte wird die
Rechtsradikalen weiter entschieden
bekämpfen.

6. Das Unzufriedenheitspotential in
der Wählerschaft kann nur dadurch abge-
baut werden, daß wir die Protestgründe
beseitigen. Das kann nur heißen:

- Kriminalität entschiedener bekämp-
fen,
- Arbeitsplätze in ganz Deutschland
sichern und Zukunftsindustrien
stärken,
- bezahlbare Wohnungen schaffen,
- Familien mit Kindern fördern.

7. Die Volksparteien stehen an der
Schwelle zum 21. Jahrhundert vor ihrer
größten Bewährungsprobe. Die CDU hat
unserem Land ein hohes Maß an Stabili-
tät gebracht. Wir werden unserem Auf-
trag und unserer Verpflichtung auch in
Zukunft gerecht werden: durch klare
politische Führung und sachgerechte
Lösung der anstehenden Probleme.

Jetzt fängt die eigentliche Arbeit erst an

Liebe Freunde,

„Heerschau vor dem Wahljahr“ hat die FAZ unseren Berliner Parteitag ganz richtig genannt, aber sie gibt damit einen Eindruck wieder, den vor allem Außenstehende haben müssen, die nur wenig mehr als die Oberfläche sehen.

Sie wissen wenig von der Arbeit hinter den Kulissen, von den Schwierigkeiten der Meinungsbildung und dem Ringen um die richtige Formulierung. Deshalb reicht es auch nicht, wenn wir uns auf Berichterstattung und Kommentierung in Hörfunk, Fernsehen und Zeitungen verlassen.

Unsere Mitglieder werden auf diesem Weg zwar ausreichend informiert und können sich ein Bild machen, aber werden nicht mit Kenntnissen ausgestattet, die sich aktiv weitergeben lassen.

Und genau darauf kommt es jetzt an. Um 15.08 Uhr ging am Dienstag der Parteitag nach zwei Tagen intensiver Arbeit auseinander; aber die Frage, ob er ein Erfolg war oder nicht, wird sich erst ab heute und morgen beantworten lassen, wenn seine Ergebnisse in die Partei, in die Stadt- und Ortsverbände hineingetragen werden.

Der Parteitags-UiD ist wie immer fahrplanmäßig die Woche drauf erschienen — mit den Berichten von Helmut Kohl, Peter Hintze, Wolfgang Schäuble und Günter Rinsche und dem wichtigen Beschluß zur Inneren Sicherheit. In Kürze wird es diese Teile auch einzeln als Broschüre geben, und Sie werden sie in unserem Versandzentrum in Versmold bestellen können — einschließ-



lich Beschluß zu „Erziehung und Ausbildung in unserem freiheitlichen und demokratischen Bildungssystem“, der als Dokumentation im grünen Teil dieser UiD-

Ausgabe enthalten ist.

Innere Sicherheit und Bildung/Ausbildung — wir haben damit zum richtigen Zeitpunkt zu zwei wichtigen Themen Beschlüsse gefaßt, die die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes hautnah und höchst persönlich betreffen.

Wenn die Diskussionsfreudigkeit der Partei, die u. a. in den vier Foren des Parteitags zum Ausdruck gekommen ist, ebenfalls in die Stadt- und Ortsverbände hineingetragen werden soll, dann müssen auch die Texte zur Verfügung stehen, aus denen eindeutig und unvermittelt hervorgeht, was wir wollen und was nicht.

Der Parteivorsitzende war optimistisch. Die Herausforderung der 20 Wahlen des Wahl-Marathons im nächsten Jahr, so Helmut Kohl in seinem Bericht in Berlin, könne bestanden werden.

Das glaube ich auch. Bedingung ist allerdings, daß die Union ihre Pflicht tut. Und unsere Pflicht ist: Beschlüsse fassen, sie umsetzen und mit Leben erfüllen.

Ihr

Haus. J. Rinsche

Zuwanderungssaldo nach Deutschland liegt über dem geschätzten Bedarf

Der Bundesfachausschuß Innenpolitik der CDU hat unter Vorsitz von Johannes Gerster die nachfolgende EntschlieÙung zur Forderung nach einem Einwanderungsgesetz verabschiedet:

Der Bundesfachausschuß Innenpolitik der CDU Deutschlands lehnt die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz entschieden ab. Diese Forderung geht an den gegenwärtigen Realitäten völlig vorbei.

Einwanderungsländer sind Staaten, die aus arbeitsmarkt-, entwicklungs- oder bevölkerungspolitischen Gründen Einwanderer anwerben müssen. Davon kann in der Bundesrepublik Deutschland keine Rede sein.

Deutschland gilt trotz seiner gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme weiterhin als „Wohlstandsinsel“ an der Grenze zum armen Osten und Südosten Europas. Seine Anziehungskraft ist für Menschen aus diesen Ländern, die sich bei uns auf Dauer gut bezahlte Arbeitsplätze und einen höheren Lebensstandard versprechen, ungebrochen.

Das Ausmaß der Zuwanderung nach Deutschland wird auf absehbare Zeit deutlich über dem — im übrigen überhaupt noch nicht exakt definierten — Zuwanderungsbedarf (Schätzungen: 300.000 — 400.000 pro Jahr) liegen.

Schon 1988 lag der positive Wanderungssaldo — unter Einrechnung der Fortzüge aus dem Bundesgebiet — bei 289.000 Personen, 1989 waren 323.000 Zuwanderungen zu verzeichnen, 1990 — die bereinigten Zahlen des Statistischen Bundesamtes liegen noch nicht vor — über 400.000.

Nach einer Schätzung des Prognos-Instituts standen in den Jahren 1991 und 1992

Zuzügen von 2,6 Mio. Personen Fortzüge von 1,2 Mio. Personen gegenüber. 1991 und 1992 hatte Deutschland demnach einen positiven Zuwanderungssaldo von ca. 1,4 Mio. Personen — durchschnittlich 700.000 pro Jahr — zu verzeichnen.

Dieser Trend zur Zuwanderung wird sich auch künftig nicht umkehren. Es muß vielmehr damit gerechnet werden, daß trotz der Asylrechtsreform jährlich mehr als 600.000 Menschen (Saldo aus Zu- und Abwanderung) mit dem Ziel langfristigen oder dauernden Aufenthalts nach Deutschland zuwandern werden.

Die Zuwanderung speist sich aus folgenden Quellen:

● Deutsche Aussiedler

Wie im Asylkompromiß vom 6. 12. 1992 vereinbart, wird durch das Kriegsfolgen-

EntschlieÙung des Bundesfachausschusses Innenpolitik zur Forderung nach einem Einwanderungsgesetz

bereinigungsgesetz die Zahl der jährlich zuwandernden deutschen Aussiedler aus der GUS und anderen Staaten Osteuropas langfristig auf dem Niveau der Jahre 1991/1992 verstetigt. Es ist daher auch zukünftig mit einer Zuwanderung von 200.000 — 220.000 Aussiedlern pro Jahr zu rechnen.

● Familiennachzug von Ausländern

Ausländern mit Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik Deutschland wird im Hinblick auf den nach Art. 6 GG gebote-

nen Schutz von Ehe und Familie auch zukünftig der Nachzug des Ehegatten, minderjähriger Kinder oder — im Einzelfall — sonstiger Familienangehöriger gemäß den Bestimmungen des Ausländergesetzes gestattet sein. Von den über 6 Mio. in der Bundesrepublik lebenden Ausländern wird insbesondere ein erheblicher Teil der zweiten Ausländergeneration von der Möglichkeit des Familiennachzugs Gebrauch machen. Zumindest für dieses Jahrzehnt werden daher jährlich 200.000 — 250.000 Ausländer im Rahmen des Familiennachzuges nach Deutschland zuwandern.

● **Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge**

Deutschland wird auch außerhalb des Asylverfahrens zukünftig Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen auf die Dauer der Kriegshandlungen befristet ein Aufenthaltsrecht einräumen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß ein Teil dieser Flüchtlinge nach Beendigung der Kriegshandlungen infolge politischer Verfolgung oder aus humanitären Gründen nicht in das Herkunftsland zurückkehren kann. Der Umfang — auch nur vorübergehender — Zuwanderung kann angesichts der ungewissen politischen Entwicklungen dramatisch ansteigen. So hat die Bundesrepublik seit Ausbruch des Krieges im ehemaligen Jugoslawien aus humanitären Gründen mehr als 300.000 Flüchtlinge aufgenommen.

● **Asyl für politisch Verfolgte**

Auch nach der Asylrechtsreform haben politisch Verfolgte einen individuellen Grundrechtsanspruch auf Aufnahme, Schutz und Zuflucht in der Bundesrepublik Deutschland. Die zukünftige Entwicklung des Asylbewerberaufkommens ist schwer einzuschätzen. Sie hängt davon ab, wie sich die Asylrechtsreform in der Praxis bewährt und wie die politische

Entwicklung in potentiellen Verfolgerstaaten verläuft. Trotz aller Mißbrauchsvorkerungen kann unter Einrechnung der anerkannten Asylbegehren und einer gewissen „Grauzone“ bei Zweifelsfällen langfristig nicht ausgeschlossen werden, daß auch zukünftig mit einem Asylbewerberaufkommen von etwa 150.000 Personen pro Jahr zu rechnen ist.

● **Werkvertragsarbeiter**

Zur Deckung des in einigen Teilbereichen des deutschen Arbeitsmarktes noch vorhandenen Fachkräftemangels und als wichtige Umstrukturierungshilfe für die östlichen Volkswirtschaften werden aufgrund von Regierungsabkommen mit unseren osteuropäischen Nachbarstaaten auch zukünftig — jeweils zeitlich befristet — bis zu 100.000 Werkvertragsarbeiter in Deutschland arbeiten.

● **Zuwanderung aus den EG-Staaten**

Die Bürger der EG-Staaten genießen seit der Vollendung des Binnenmarktes innerhalb des EG-Vertragsgebietes weitestgehende Freizügigkeit und Berufsfreiheit. Mit rd. 1,5 Mio. Menschen beträgt der EG-Anteil an der ausländischen Wohnbevölkerung gegenwärtig 25 Prozent. Trotz der langfristigen Annäherung der Einkommens- und Lebensverhältnisse zwischen den EG-Staaten ist, wie der nach wie vor positive Zuwanderungssaldo z. B. aus Griechenland und Portugal zeigt, langfristig mit Zuwanderung aus dem EG-Vertragsgebiet zu rechnen.

Unter diesen Umständen kann Ziel vernünftiger und verantwortungsbewußter Politik nur die Begrenzung und Steuerung, nicht aber die Stimulation zusätzlicher Zuwanderung sein.

Durch ein Einwanderungsgesetz kann die Zuwanderung nicht begrenzt, sondern nur ausgeweitet werden. Ein einfaches Bundesgesetz kann die Artikel 6, 16 a und

116 des Grundgesetzes und ihre Folgen hinsichtlich Familiennachzug, Asylbewerber und Aussiedler nicht außer Kraft setzen. Soll die Zuwanderung durch ein Einwanderungsgesetz nicht noch erhöht werden, müßte ein solches Gesetz daher auf Jahre oder sogar Jahrzehnte hinaus eine Zuwanderungsquote der Größenordnung „Null“ festlegen. Ein derartiges Gesetz wäre jedoch ein reines Täuschungsmanöver, ein Etikettenschwindel. Deshalb gilt vor allem:

● Die Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen durch den Mißbrauch des Asylrechtes muß wirksam eingeschränkt werden. Nach der Verabschiedung der neuen Asylgesetze am 26. 5. 1993 müssen nun die darin enthaltenen Möglichkeiten zur Beschleunigung und Straffung der Verwaltungs- und Gerichtsverfahren unverzüglich in die Tat umgesetzt werden.

● Eine strikte Kontrolle und Bekämpfung der illegalen Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen ist auch zukünftig unverzichtbar. Dies gilt insbesondere für das Schlepperunwesen und die illegale Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer.

● Ein Einwanderungsgesetz mit Zuwanderungsquoten bzw. -kontingenten ist

unrealistisch und überflüssig, solange der Zuwanderungssaldo nach Deutschland über dem geschätzten Einwanderungsbedarf liegt. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß die Zuwanderung nach Deutschland in diesem Jahrzehnt hinter dem Bedarf zurückbleibt. Die Phantomdiskussion über ein Einwanderungsgesetz sollte daher unverzüglich beendet werden.

● Angesichts der zunehmenden Verflechtung der Wirtschafts- und Arbeitsmärkte in Europa bedarf es einer einheitlichen Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik der EG. Auch unsere EG-Nachbarn sind Ziel von Zuwanderung — im Gegensatz zu uns nicht im Rahmen von Asylmißbrauch und nicht aus Osteuropa, sondern vornehmlich aus Ländern ihrer früheren kolonialen Einflußsphäre. Aus deutscher Sicht muß die Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik der EG zukünftig stärker dem Gesichtspunkt des fairen „Burden-sharing“ Rechnung tragen. So hat Deutschland beispielsweise im Falle des Krieges im ehemaligen Jugoslawien mehr als 300.000 Flüchtlinge aufgenommen, die übrigen EG-Staaten hingegen weniger als 50.000. Diese ungleiche Lastenverteilung kann künftig nicht mehr hingenommen werden.

Rechtspolitische Fachtagung mit Bernhard Vogel

Die Landesarbeitsgemeinschaft Christlich Demokratischer Juristen in der CDU Thüringen (LACDJ) führt gemeinsam mit den Kollegen aus Nordhessen eine rechtspolitische Fachtagung durch. Bei dieser Tagung geht es um den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen in Thüringen und die Bedeutung rechtsstaatlicher Prinzipien für den Aufbau einer wehrhaften Demokratie. Die Fachtagung findet statt am

2. Oktober 1993, 10.00 bis 16.30 Uhr, im Haus „Flora“, Steigerstr. 18, 99094 Erfurt.

Als Gäste werden Ministerpräsident Bernhard Vogel, Justizminister Hans-Joachim Jentsch, Innenminister Franz Schuster sowie der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Wolfgang Fiedler, teilnehmen. Geleitet wird die Veranstaltung von der LACDJ-Vorsitzenden Marion Halsmann.

Fan-Projekte gegen Fan-Gewalt

Mit Beginn der neuen Bundesligasaison hat eine „Koordinationsstelle Fan-Projekte“ ihre Arbeit aufgenommen. Das zunächst auf drei Jahre angelegte Projekt wird durch das Bundesministerium für Frauen und Jugend mit insgesamt 800.000 DM und durch den Deutschen Fußball-Bund mit 400.000 DM gefördert.

Angesiedelt ist es bei der Deutschen Sportjugend. Damit wird eine Empfehlung des „Nationalen Konzepts Sport und Sicherheit“ in die Praxis umgesetzt. Bundesjugendministerin Angela Merkel: Die Bewältigung von Fan-Problemen ist eine gemeinsame Aufgabe des Sports und der Jugendhilfe. Die Verantwortung für Vorbeugung und Minderung von Fan-Gewalt kann nicht ausschließlich bei der Polizei liegen. Ich begrüße deshalb auch, daß sich nicht nur der Deutsche Fußball-Bund finanziell und praktisch an der Förderung der Koordinationsstelle beteiligt, sondern daß alle Vereine der Ersten und Zweiten Bundesliga bereit sind, die Kosten der lokalen Fan-Projekte bis zu einem Drittel zu tragen.

Zu den Aufgaben der neuen Koordinationsstelle gehören unter anderem

- Institutionenberatung beim Aufbau neuer Projekte,
- Koordinierung des Informationsaustausches zwischen den einzelnen örtlichen Projekten,
- Erstellung von Konzepten für die anlaßbezogene Jugend- und Sozialarbeit,
- Vorbereitung und Ausrichtung von nationalen und internationalen Tagungen,
- Ausrichtung von Arbeitstagungen für Multiplikatoren aus der allgemeinen Jugend- und Vereinsarbeit und
- Zusammenarbeit mit dem Deutschen Fußball-Bund, insbesondere in bezug auf Länderspiele, das Pokalendspiel und ähnlich große Sportveranstaltungen.

Mit der Leitung der Koordinationsstelle wurde Thomas Schneider beauftragt, der als Erziehungswissenschaftler und langjähriger Leiter des Hamburger Fan-Projekts sowie ehemaliger Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Fan-Projekte die notwendigen Erfahrungen mitbringt.

Andreas Renner Oberbürgermeister in Singen

Der Landesvorsitzende der Jungen Union Baden-Württemberg, Andreas Renner, hat die Wahlen für das Oberbürgermeisteramt in der 45.000-Einwohnerstadt Singen mit 61,8 Prozent der abgegebenen Stimmen gewonnen.

Bei den Wahlen im Jahre 1985 hatte die dortige CDU noch einen Stimmenanteil von 32,6 Prozent.

Renner, der auch Mitglied des CDU-Bundesvorstandes ist, hatte zuvor an

ein knapperes Ergebnis geglaubt und zeigte sich von dem klaren Sieg überrascht und begeistert. Zu den ersten Gratulanten gehörten auf dem Bundesparteitag der CDU in Berlin Bundeskanzler Helmut Kohl, der CDU-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Wolfgang Schäuble, der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel und der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Hermann Gröhe.

Weitere Hilfen für den Sport

In den vor uns liegenden Wochen gilt es, die von uns ins Auge gefaßten Hilfen für den Sport weiter und zum Abschluß zu bringen. Dabei wird die Union den Sport in angemessener Weise in allen Belangen wie bisher unterstützen. Das gilt in haushaltswirtschaftlicher Sicht wie auch bei anderen Hilfen.

Ich denke dabei an die sicher noch nicht optimalen Regelungen zum Lärmschutz bei Spiel- und Sportplätzen. Gerade in diesem Punkt werden wir uns dafür einsetzen, die bestehenden Sport- und Spielplätze gegen ein überzogenes Umweltbewußtsein einzelner abzusichern. Derzeit wird noch geprüft, welcher rechtlichen Lösung dabei der Vorzug gegeben werden soll. Insgesamt sollte dem Sport geholfen werden, seine Infrastruktur an Plätzen zu erhalten.

In diesem Zusammenhang sollte nicht vergessen werden, daß es auch gelungen ist, den Sport in die Verwaltungsvereinbarung zur kommunalen Investitionspauschale Ost aufzunehmen. Danach können auch Sportstätten in den neuen Bundes-

unterstützt. Bisher haben wir für Maßnahmen gegen Doping enorme Beträge bereitgestellt, mit denen die Bundesregierung dem Sport half, gegen Doping vorzugehen. Das muß so bleiben, denn wir alle wollen einen fairen, eben dopingfreien Sport.

Die Sportschützen sorgen sich, daß sie durch eine Änderung des Waffenrechtes benachteiligt werden könnten. Dazu besteht kein Anlaß. Mit uns wird es keine Restriktionen für Sportschützen geben. Die Schützen sollen bei der Ausübung ihres Sports nicht beeinträchtigt werden.

Absicherung von Sportplätzen wegen Lärmbelästigung vordringlich

Im Bereich der Förderung der Leistungszentren für den Sport gilt es zu prüfen, inwieweit veränderte Nutzungsanforderungen hier Änderungen notwendig machen. Es gilt, Pläne des Sports zu prüfen, inwieweit die Sportleistungszentren neuen Gegebenheiten angepaßt werden müssen. Im Bereich der Sportwissenschaft muß ein sich ergänzendes Geflecht von Einrichtungen gesichert werden.

Dabei ist darauf zu achten, daß die sportwissenschaftlichen Einrichtungen an Hochschulen in der Lage sind, Grundlagenwissen für die sportnahen Anwendungen zur Verfügung zu stellen. Dabei verdient die Realisierung des Transfers von Wissen in die Anwendungsgebiete eine besondere Aufmerksamkeit. Mit öffentlichen Mitteln ermittelte Forschungsergebnisse müssen leistungssportwirksam umgesetzt werden.

Der Sport benötigt Hilfen. Wir stehen dazu, im Rahmen der Zuständigkeiten und Möglichkeiten wie bisher zu helfen.

Von Engelbert Nelle, sportpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

ländern von der mit 1,5 Mrd. DM im Jahre 1993 ausgestatteten Pauschale profitieren. Es liegt bei den neuen Ländern, inwieweit sie hier dem Sport helfen, seine Sportstätten zu sanieren.

Weiter muß das parlamentarische Verfahren zur Ratifizierung des Europäischen Übereinkommens gegen Doping abgeschlossen werden. Mit diesem Übereinkommen wird ein dopingfreier Sport

Viel Lärm um nichts

Zum SPD-Entwurf eines Leitantrages zur öffentlichen Sicherheit und zum Schutz vor Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:

Die SPD sollte sich in Erinnerung rufen: Politik beginnt mit dem Betrachten der Realität. Das gilt namentlich auch für die Kriminalpolitik. Wer Kriminalität wirksam bekämpfen will, der muß die Ursachen und Formen des Kriminalitätsanstiegs kennen.

■ Der Vorwurf im SPD-Leitantrag zur öffentlichen Sicherheit, die „Konservativen“ hätten eine Politik der sozialen Kälte betrieben, deren Folge der aktuelle Kriminalitätsanstieg sei, übersieht nicht nur, daß die mehrheitlich SPD-regierten Länder für Erziehung und Bildung, für Sozialeinrichtungen und auch für die Polizei zuständig sind; er übersieht auch, daß es die von CDU und CSU geführten Regierungen sind, die auf allen Ebenen für den Erhalt unseres Werte- und Normengefüges eintreten.

Wie wenig dies bei der SPD der Fall ist, entlarvt der Entwurf des Leitantrages unmittelbar: Er fordert, sog. „kleine Gesetzesverstöße“ nicht mehr als Straftat zu verfolgen.

■ Weitere Forderungen im Leitantrag sind entweder nicht neu und/oder inhaltlich nicht tragbar:

● Mehr Polizeibeamte zu fordern, ist richtig wie leicht. Warum eigentlich setzt die SPD diese Forderung in den SPD-regierten Ländern nicht um? Warum lehnt sie darüber hinaus auch den Einsatz von Bürgern ab, die bereit sind, sich der steigenden Kriminalität zu erwehren?

● Eine Politik der Förderung der Integration von Ausländern zu fordern, ist rich-

tig und wird dementsprechend von der Bundesregierung betrieben. Wie aber die von der SPD geforderte doppelte Staatsangehörigkeit „Inneren Frieden und öffentliche Sicherheit“ garantieren soll, muß schon die SPD selbst erklären.

● Weniger Waffen fordern ist richtig, aber die SPD-Vorschläge offenkundigen Hilflosigkeit: Gangster finden ihre Waffen auf dem illegalen Markt, sie brauchen sich nicht bei Sportschützen zu „bedienen“.

● Im Bereich der Drogenpolitik wird die Forderung der Straffreiheit des Besitzes von Drogen (Cannabis) zum Eigenkonsum wiederholt. Sieht denn die SPD nicht, daß sich jeder Dealer dann auf Eigenkonsum berufen wird?

■ Bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität versucht der Leitantrag vergeblich Kompetenz der SPD vorzuspielen. Es reicht nicht, Verschärfungen im Geldwäschegesetz — bezeichnenderweise im SPD-Leitantrag immer noch mit dem überholten Titel Gewinnaufspürungsgesetz bezeichnet —, obligatorische Gewinnabschöpfung, Vermögenseinzug usw. zu fordern, wenn den Ermittlungsbehörden nicht auch die Möglichkeit gegeben wird, an die Drahtzieher der organisierten Kriminalität zu kommen. Daß Polizeibeamte als verdeckte Ermittler sich nicht milieugerecht verhalten dürfen, bedeutet auch, daß sie in Kreisen der organisierten Kriminalität nicht Fuß werden fassen können.

■ Nicht ausreichend sind die Vorstellungen zum Einsatz technischer Mittel in Gangster-Wohnungen. Er ist an zu hohe Voraussetzungen geknüpft, an:

- eine Anordnung des Innenministers,
 - die Bestätigung dieser Anordnung durch eine parlamentarisch gewählte Kommission,
 - den Beschluß eines Kollegialgerichts.
- Ist dies wirklich noch praktikabel? ■

„Probleme mit der Wirklichkeit:“

Harte Arbeit an der „Gefahr“ des Erfolgs

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Niggemeier hat seiner Partei ins Stammbuch geschrieben:

Die aus der Mitte der SPD gegen den Bundestagsfraktionschef Hans-Ulrich Klose gerichtete Kritik wegen seiner Haltung in der Blauhelm-Frage darf nachdenklich machen.

Diese bis zur Rücktrittsaufforderung gehende Genossen-Schelte mag die innere Aufgewühltheit derer verdeutlichen, die aus ihrer pazifistischen Grundhaltung heraus möglicherweise auch mit Grausen daran denken, daß es bald wieder einmal einen sozialdemokratischen Verteidigungsminister geben könnte. Ein Wahlsieg von Rudolf Scharping 1994 — und daran wird ja wohl von allen Sozialdemokraten hart gearbeitet — würde diese „Gefahr“ schneller herbeiführen, als es den Klose-Kritikern lieb sein kann.

Wer sich als Sozialdemokrat jedoch darum bemüht, die rosa-rote Parteibrille abzulegen, der wird schnell feststellen, daß die SPD als Oppositionspartei in allen wichtigen Fragen der deutschen Nachkriegspolitik fast immer erst im nachhinein das richtige Blatt in der Hand hatte. Den Joker hatte in der Regel vorher immer die Konkurrenz gezogen.

Das begann mit der Ablehnung des Beitritts Deutschlands zur Montanunion, dem institutionellen Vorläufer der Europäischen Gemeinschaft. Der erste Schritt nach Europa wurde ohne die SPD getan.

Die Ablehnung des Nato-Doppelbeschlusses war ein weiterer „Meilenstein“ in der sozialdemokratischen Parteitagspolitik und führte letztlich zur Preisgabe der Regierungsfähigkeit durch die Abwahl von Kanzler Helmut Schmidt.

Die Unveränderbarkeit des Asylrechts-Artikels 16 wurde auf SPD-Parteitag lange Zeit beschworen, und für die als „Großer Lauschangriff“ diskriminierte elektronische Beweissicherung zur Erhöhung der inneren Sicherheit gab es in der SPD zunächst einmal die Darstellung von unveränderbarer Prinzipienfestigkeit. In beiden Fällen wurde dann jedoch schrittweise nachgezogen. Der Artikel 16 wurde geändert, und der „Lauschangriff“ steht nicht mehr auf dem sozialdemokratischen Index. Nur Ignoranten können annehmen, daß die Koalitionsfraktionen dadurch schwächer geworden sind. Im Gegenteil.

Und nun geht es von dem prinzipiellen Nein zu jedweden Blauhelm-Einsätzen hin zur Übernahme von konditionierter Verantwortung im Rahmen der UN und ihrer Maßnahmen für friedentiftende militärische Zwangsmaßnahmen gemäß der auch von Deutschland uneingeschränkt akzeptierten UN-Charta.

Es hat für die SPD immer gute Gründe gegeben, sich dieser oder jener Politik nicht anzuschließen. Aber die Gründe der anderen haben sich letztendlich als richtiger herausgestellt.

Insofern fällt die in Teilen sehr rüde Kritik an dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Ulrich Klose wegen seiner ebenso pragmatischen wie realistischen Haltung zu eventuellen Kampfeinsätzen der Bundeswehr unter UN-Kommando auf seine Kritiker zurück. Warten wir es ab!

Es hat den Anschein, als würde die innerparteiliche Diskussion um das, was allgemein „Blauhelm-Einsätze“ genannt wird, nicht zu den Sternstunden sozialdemokratischer Politik führen.

aus: Die Welt, 17. September 1993

Finanzierung der Pflegeversicherung

Der Koalitionsvorschlag ist ein moderater und gangbarer Weg

Zur Diskussion über die Pflegeversicherung erklärte am 22. September der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl:

Die Attacken der SPD und führender Interessenverbände auf die Vorschläge der Koalition zur Finanzierung der Pflegeversicherung sind ohne Maß und vor allem destruktiv. Sie sind ein trauriger Beweis dafür, daß viel zu viele Interessenverbände nur noch an die Wahrung der eigenen Besitzstände denken und daß die SPD auf Verweigerung umgeschaltet hat. Dies alles geschieht zu Lasten der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen.

Eine Pflegeversicherung ohne Kostenausgleich für die Wirtschaft gefährdet Arbeitsplätze. Wer die Kostenkompensation verhindern will, blockiert die Pflegeversicherung. 1,65 Millionen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen warten aber dringend auf Hilfe. Über 16 Millionen älterer Mitbürger brauchen die Gewißheit, daß sie bei Pflegebedürftigkeit Unterstützung erhalten.

Wir müssen uns auf den Kern der Reform besinnen:

- Pflegegeld und Alterssicherung von Pflegepersonen, die sich häuslicher Pflege widmen;
- ambulante Pflegeeinsätze durch Sozialstationen, damit Pflegebedürftige möglichst lange zu Hause versorgt werden können;
- bei der stationären Pflege die überwiegende Zahl der Betroffenen aus der Sozialhilfe herausholen.

Diese sozialpolitischen Grundpfeiler dürfen nicht an kleinkariertem Betonmentalität der SPD und der Interessenverbände scheitern. Die Pflegeversicherung ist nicht zum Nulltarif zu erhalten. Sie braucht Solidarität aller und die Bereitschaft, auch eigene Besitzstände in Frage zu stellen. Der Koalitionsvorschlag, an zehn Feiertagen den Lohn auf 80 Prozent zu beschränken oder maximal zwei Urlaubstage pro Jahr dafür einzusetzen, ist ein moderater und gut gangbarer Weg.

Jedermann sollte sich fragen: Was wiegt der Einsatz von zwei Urlaubstagen gegenüber der Einführung der dringend benötigten Pflegeversicherung für die wirklich Hilfsbedürftigen in unserer Gesellschaft?

Zahl der BAföG-Empfänger leicht gesunken

Die Zahl der BAföG-Empfänger ist im vergangenen Jahr leicht gesunken. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, erhielten 1992 rund 846.000 Schüler und Studenten Unterstützung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Dies waren 27.000 oder 3,1 Prozent weniger als im Vorjahr. Von den insgesamt 639.000 Studenten bezogen rund ein Drittel diese staatliche Förderung, teilten die Bundesstatistiker mit. Die Zahl der geförderten Schüler bezifferte das Bundesamt auf 207.000.

Ohne Kläranlage keine neuen Arbeitsplätze in Bitterfeld

Anlässlich eines Vor-Ort-Besuchs des Bundesfachausschusses Umweltpolitik der CDU am 3. und 4. September 1993 im Raume Bitterfeld erklärte der Vorsitzende, Kurt-Dieter Grill:

Unser Besuch soll ein Zeichen dafür setzen, daß die Parteiarbeit gerade auch in ökonomischen und ökologischen Brennpunkten intensiviert wird und daß die CDU die Sorgen und Ängste der Menschen in den neuen Ländern ernst nimmt. Ein zügiger Ausbau der Umwelt-Infrastruktur und die Sanierung kontaminierter Flächen ist eine entscheidende Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufbau und damit für positive Zukunftsperspektiven für die Menschen in den neuen Bundesländern. Arbeitsplatzsicherung durch Umweltsanierung ist die Devise für Gegenwart und Zukunft.

Der Bundesfachausschuß Umweltpolitik setzt sich daher mit Nachdruck dafür ein, daß die beispielhafte Unterstützung von wichtigen Sanierungsmaßnahmen durch den Bund weiter fortgeführt wird. Er wird sich deshalb über den Fortgang entsprechender Modellvorhaben informieren. So zum Beispiel über das Gemeinschaftsklärwerk „Bitterfeld/Wolfen“, für dessen Ausbau das Bundesumweltministerium alleine 90 Millionen D-Mark zur Verfügung gestellt hat. Diese Anlage hat besonderen Modellcharakter und ist Voraussetzung für die weitere Entwicklung der Region Bitterfeld/Wolfen sowie vor allem für neue Industrieansiedlungen und damit für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Zugleich wird durch das Projekt die überdurchschnittliche Belastung von Mulde und Elbe deutlich reduziert. Ohne die

Kläranlage hätte das realistische Ziel, in Bitterfeld bis Ende 1994 5000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, keine Chance. Neben der Sanierung belasteter Chemiestandorte ist die Renaturierung und Rekultivierung von ehemaligen Bergbaulandschaften von besonderer Bedeutung für die Lebens- und Standortqualität in den Regionen der neuen Bundesländer. Es ist daher mit Nachdruck die Umgestaltung des ehemaligen Braunkohletagebaus „Goitsche“ zu einem „Landschaftspark“ zu unterstützen.

Dieses Projekt hat damit nicht nur regionale Bedeutung für die Kreise Delitzsch und Bitterfeld, sondern kann darüber hinaus ein Pilotprojekt für die Sanierung von Bergbaulandschaften in Mitteldeutschland werden. Es muß hierbei eine ausgewogene, ökonomische und ökologische Entwicklungsoption für den Gesamttraum Delitzsch/Bitterfeld geschaffen werden, die den ehemals belasteten Landschaften ein neues positives Image verleiht.

Ermutigende Erfolge

Insgesamt sind die bisher erzielten umwelt- und wirtschaftspolitischen Erfolge im Raum Bitterfeld ermutigend und geben auch anderen belasteten Regionen in den neuen Bundesländern eine positive Perspektive. Der Bundesfachausschuß Umweltpolitik wird mit Nachdruck die weiteren Bemühungen zur Sanierung der belasteten Regionen unterstützen und hält es gerade in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten für notwendig, daß das beispielhafte Engagement, insbesondere des Bundesumweltministeriums, für den Raum Bitterfeld auch in den nächsten Jahren fortgeführt wird.

Technologiestandort Deutschland stärken – Subventionen überprüfen

Anläßlich eines Gesprächs mit hochrangigen Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft im Zusammenhang mit der bevorstehenden Beratung des Bundeshaushaltes 1994 erklärte die Vorsitzende des Bundesausschusses „Wirtschaftspolitik“, Christa Thoben:

Die aktuelle konjunkturelle Schwächephase der Wirtschaft und ihre strukturellen Defizite sollten Anlaß sein, mit dem Bundeshaushalt 1994 neue positive Signale in der Forschungs- und Technologiepolitik zu setzen. Eine rückläufige Entwicklung des Anteils der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen am Bruttosozialprodukt und eine nachlassende Innovationsdynamik kann sich ein Wirtschaftsstandort nicht leisten, wenn er auch in Zukunft mit an der Spitze stehen will.

Die deutschen Unternehmen sind gefordert, gerade in Zukunftstechnologien verstärkt zu forschen und marktfähige Produkte zu entwickeln. Schon heute zeichnen sich Biotechnologie, Raumfahrt und Informationstechnik, Mikroelektronik und Materialforschung als entscheidende Zukunftstechnologien des 21. Jahrhunderts ab. Deutschland darf auf diesen Feldern nicht den Anschluß verlieren oder Konkurrenten bereits heute den Markt von vorneherein überlassen.

Mittel durch Umschichten

Statt überaltete Strukturen im bisherigen Umfang zu konservieren, muß überlegt werden, wie es gelingen kann, zusätzliche Mittel für Technologien von morgen durch Umschichtungen zu gewinnen. Um eine Vorstellung von der jeweiligen

Größenordnung zu geben: Mit Einsparungen bei den zwanzig größten Finanzhilfen von jeweils fünf Prozent ließe sich eine Milliarde Mark für die Förderung moderner Technologien und den Aufbau einer leistungsfähigen Forschungsinfrastruktur, die vor allem in den neuen Bundesländern dringend notwendig ist, mobilisieren. Selbstverständlich sind dabei Hilfen für Kohle, Werften und Landwirtschaft ebenso einbezogen wie der Zuschuß an die Bundesmonopol-Verwaltung für Branntwein.

Deutliche Signale

Dies wären deutliche Signale, um die Stärken des Technologiestandortes Deutschland zu bewahren und fortzuentwickeln. Wenn unser Wirtschaftsstandort auch morgen noch modern sein soll, sind technologiepolitische Weichenstellungen heute von entscheidender Bedeutung: Es geht um den Erhalt der Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

Europas größte Kartoffelchips-Anlage in Kreba

Die Bahlsen-Gruppe hat in Sachsen Europas größte Kartoffelchips-Anlage in Betrieb genommen. Bahlsen investierte rund 40 Millionen DM in die Erweiterung und Modernisierung der Krebaer Kartoffelverarbeitung und Vertriebs GmbH. Die Mitarbeiterzahl von derzeit 46 sollte bis 1994/95 auf 90 erhöht werden. Zunächst werden rund 17.000 Tonnen Kartoffeln zu Kartoffelchips verarbeitet, ab 1994/95 sollen es etwa 34.000 Tonnen Kartoffeln sein.

„Aktion des Monats“ August

... auf den Spuren von Winnetou

Für die Ferienaktion „Mit dem Sonderzug zu den Karl-May-Festspielen nach Bad Segeberg“ ist der CDU-Kreisverband Soltau-Fallingb. mit dem ersten Preis beim Wettbewerb um die beste „Aktion des Monats“ August ausgezeichnet worden.

Dieses Ferienangebot für Kinder wäre an sich schon auszeichnungswürdig. Den Ausschlag für die Auswahlkommission hat aber der Umstand gegeben, daß die Reise am 25. Juni nach Bad Segeberg — in ununterbrochener Folge — die zehnte seit 1984 war und der Kreisverband damit inzwischen — sage und schreibe — 14000 Kinder und Erwachsene auf die Spuren von Winnetou und Old Shatterhand gebracht hat.

Wie jedes Jahr wurden die Jungen und Mädchen zu wahren Begeisterungsstürmen hingerissen. Und wie jedes Jahr ging auch diesmal kein Kind verloren, was dem Betreuer zu verdanken ist, der zur Orientierung wieder das CDU-Schild mit dem Namen des Gemeindeverbands mit sich führte.

Peter Hintze: Gelungene Aktionen, die zur Nachahmung anregen

Der Generalsekretär, der Mitte Juni zur regen Teilnahme an den Wettbewerben um die beste „Aktion des Monats“ aufgerufen hatte, bedankte sich auf der inzwischen zum zweiten Mal verliehenen Urkunde bei den verantwortlichen Organisatoren und Mithelfern für Idee, Vorbereitung und Durchführung der Ferienmaßnahme und drückte seinen Wunsch aus, daß auch dieses Beispiel aus einer sich weiter füllenden Ideenbörse andere



Ein Händedruck, den einer so schnell nicht vergißt.

Parteimitglieder dazu anrege, in ähnlicher Weise aktiv zu werden.

Kreisgeschäftsführer Heinz Kirchfeld und mit ihm der Stadtverbandsvorsitzende von Walsrode, Hermann Söder, können sich freuen: Als Anerkennung und zur weiteren Unterstützung ihrer zukünftigen Arbeit — gerade auch im Hinblick auf das Wahljahr 1994 — erhält der Kreisverband einen „Canvassing-Stand“, der — so Peter Hintze — für die aktive Kreis- und Ortsverbandsarbeit sicher nützlich sein wird.

„Politikern einmal viele Löcher in den Bauch zu fragen“ (so eine Zeitungsüberschrift), ermöglichte im Rahmen einer kommunalpolitischen Woche die Aktion „Talk für die Jugend“ des Landesverbands der Jungen Union Sachsen-Anhalt.



Zur Orientierung ist das CDU-Schild mit dabei, mit dem Namen des Gemeindeverbandes.

Wie hier in lockerer Atmosphäre mit Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie Vertretern der örtlichen Verwaltungen über Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten diskutiert wurde — „Gespräche mit der Jugend — der Anfang eines richtigen Weges“ (so die Überschrift einer anderen Zeitung) —, war für die Mehrheit der Auswahlkommission Anlaß zur Vergabe des zweiten Preises.

Den dritten Preis erhielt der CDU- und JU-Kreisverband Braunschweig für die Aktion „Das junge Rathaus“, für eine gelungene Initiative gegen „Politikverdrossenheit“.

Zwei jungen Braunschweiger Ratsherren, Carsten Müller und Maik Teßmann (beide 23 Jahre alt), ging es darum, politische Entscheidungsprozesse und Gestal-

tungsmöglichkeiten in der Kommunalpolitik transparent zu machen und interessierten Bürgern — insbesondere Jugendlichen — einen Einblick in die Arbeit der CDU-Fraktion zu geben. Schwerpunkt war die Jugend-, Schul- und Bildungspolitik.

Auch für den Wettbewerb im August sind im Konrad-Adenauer-Haus so viele Aktions-Beispiele eingegangen, daß es auch diesmal wieder schwerfiel, ohne Zögern und Skrupel die drei Besten auszuwählen.

Um den interessierten Lesern nichts Wichtiges vorzuenthalten, wird die UiD in lockerer Folge unter dem längst eingeführten Seiten-Titel „Ideenbörse“ die leider nicht prämierten, aber guten Beispiele für gelungene Aktionen vorstellen.



Prominenter Gast im „jungen Rathaus“: Bundesjugendministerin Angela Merkel — mit den Vertretern im Rat der Stadt Braunschweig: Carsten Müller und Maik Teßmann

Geschichte der CDU, 1945–1982

In der Deutschen Verlags-Anstalt ist ein Buch erschienen, das für die Arbeit der Partei von großem Interesse ist.

Hans-Otto Kleinmann:
Geschichte der CDU
1945–1982

Hrsg. von Günter Buchstab
Stuttgart 1993
544 Seiten.

Diese „Geschichte der CDU“ von der Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg über die Regierungsjahre Konrad Adenauers, Ludwig Erhards und Kurt Georg Kiesingers sowie die dreizehnjährige Oppositionszeit bis zur Kanzlerwahl Helmut Kohls ist die erste umfassende Darstellung der Partei, zugleich ein wichtiges und gut lesbares historisches Kompendium.

Hervorzuheben ist, daß in dem Buch die Geschichte der im allgemeinen sonst stiefmütterlich behandelten Landesverbände und der Vereinigungen eine angemessene Berücksichtigung findet. Ein eigenes Kapitel ist der „Europapartei“ CDU gewidmet. Auch das Schicksal der CDU in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR kommt zur Sprache. So bekommt der Leser ein gehaltreiches, lebendiges Panorama des innerparteilichen Lebens und der Politik der CDU. Das Buch enthält ein ausführliches Inhaltsverzeichnis, ein Namens- und Sachregister sowie Abbildungen führender Unionspolitiker und Grafiken zur Mitgliederentwicklung.

Autor ist Professor Dr. Hans-Otto Kleinmann, Leiter der Abteilung

Hans-Otto
Kleinmann
Geschichte
der **CDU**

DVA

Historisches Archiv im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung und Dozent für neuere Geschichte an der Universität Köln.

Der Ladenpreis des Buches beträgt 58,— DM. Damit Sie für Ihre Bedürfnisse preiswerter an dieses Buch kommen, haben wir eine größere Menge vom Verlag abgenommen und können das Buch für 29,— DM anbieten.

Bitte schicken Sie Ihre Bestellungen an die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit, z. Hd. Herrn Geiser, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn. Auslieferung und Rechnungsstellung erfolgt dann über den Verlag.

WIR DISKUTIEREN UND FEIERN!



**JUNGE UNION
DEUTSCHLANDS**

Samstag, 2. Oktober 1993

Landespolizeihoehschule Aschersleben
(Sachsen-Anhalt)
20.00 Uhr

Talkrunde

mit Prof. Dr. Werner Munch,
Ministerpraesident in Sachsen-Anhalt

Hermann Groehe,
Bundesaesaender
der Jungen Union Deutschlands
und weiteren Gaesten

ab 22.00 Uhr

Disco

mit Michael DREWENSTEDT & Band
von MDR live

gegen 1.00 Uhr

„Ich will Spaß ...“

mit Markus (ja genau, der Markus)

Anmeldungen bitte
an die Bundesgeschaeftsstelle der
Jungen Union Deutschlands
Annabergerstr. 283
53175 Bonn
Telefon 0228/31 00 11
Telefax 0228/38 45 20.

Schnellverschluß für Gas-Luftballons

Wer kennt nicht das Problem: Sie stehen am Canvassingstand, der Stand ist gut besucht, und neben den politischen Informationen für die Erwachsenen verteilen Sie auch Luftballons an die Kinder, doch das Aufblasen, Zuknoten und Festbinden der Halteschnur verbraucht so viel Zeit, daß man entweder mehr Personal am Info-Stand benötigt oder oft nicht so viele Luftballons verteilen kann, wie man möchte.

Damit ist jetzt Schluß! Der Schnellverschluß ist Halteschnur und Verschluß in einem und erspart Ihnen das mühevoll Zuknoten und Festbinden der Halteschnur; einfach aufblasen, arretieren fertig!

Bestell.-Nr.: **9609**

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 8,90 DM

Broschüre

Texte zur Gewaltproblematik. Mit Beiträgen von Helmut Kohl, Peter Hintze, Angela Merkel, Rudolf Seiters, Norbert Blüm u. a.

Bestell.-Nr.: **3614**

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je Einheit: 19,50 DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 1521

Als attraktiver Begleiter im Megawahlkampfjahr, als Geschenk für Parteifreunde und Sympathisanten bietet sich der neue CDU-Europakalender an. Interessante Bilder aus zwölf deutschen Regionen und ihren europäischen Partnerstädten stehen für das zusammenwachsende Europa.

Der Kalender besteht aus 13 Blättern und hat ein Format von 39 x 30 cm.

So können Sie diesen Kalender bestellen.

Ab 200 Exemplare besteht die Möglichkeit, die gesamte Kopfleiste des Kalenders individuell für Ihren Orts-, Kreis-, Landesverband oder Kandidaten zu nutzen.

Dazu benötigen wir eine Reinzeichnung, wobei die maximale Größe der Druckfläche 39 x 5,9 cm beträgt.

Sollten Sie keine Reinzeichnung haben, schicken Sie uns Ihren gewünschten Enddrucktext als Manuskript mit Skizze zu.

Vor Drucklegung erhalten Sie von uns noch einen Korrekturabzug zur Druckfreigabe.

● **Standard-Ausführung:**
IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold

Bestell.-Nr.: **9610**

Mindestabnahme: 10 Stück

Preis per Mindestabnahme: 50 DM
inkl. Versand; zzgl. MwSt.

● **Individuelle Ausführung**
(mit Eindruck auf Kopfleiste):
CDU-Bundesgeschäftsstelle
z. Hd. Frau Zander
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn

Mindestabnahme: 200 Exemplare
Preis per Mindestabnahme: 1.300 DM
inkl. Versand, zzgl. MwSt.

Bestellschluß: 8. Oktober 1993

Europa wächst zusammen



Januar
1-2-3-4-5-6-7-8-9-10-11-12-13-14-15-16-17-18-19-20-21-22-23-24-25-26-27

Frankfurt am Main
1. Januar: ...
2. Januar: ...
3. Januar: ...
4. Januar: ...
5. Januar: ...
6. Januar: ...
7. Januar: ...
8. Januar: ...
9. Januar: ...
10. Januar: ...
11. Januar: ...
12. Januar: ...
13. Januar: ...
14. Januar: ...
15. Januar: ...
16. Januar: ...
17. Januar: ...
18. Januar: ...
19. Januar: ...
20. Januar: ...
21. Januar: ...
22. Januar: ...
23. Januar: ...
24. Januar: ...
25. Januar: ...
26. Januar: ...
27. Januar: ...

Februar
1-2-3-4-5-6-7-8-9-10-11-12-13-14-15-16-17-18-19-20-21-22-23-24-25-26-27-28

Köln
1. Februar: ...
2. Februar: ...
3. Februar: ...
4. Februar: ...
5. Februar: ...
6. Februar: ...
7. Februar: ...
8. Februar: ...
9. Februar: ...
10. Februar: ...
11. Februar: ...
12. Februar: ...
13. Februar: ...
14. Februar: ...
15. Februar: ...
16. Februar: ...
17. Februar: ...
18. Februar: ...
19. Februar: ...
20. Februar: ...
21. Februar: ...
22. Februar: ...
23. Februar: ...
24. Februar: ...
25. Februar: ...
26. Februar: ...
27. Februar: ...
28. Februar: ...

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

DREI JAHRE
DEUTSCHE EINHEIT



Es ist gut,
daß diese
ENTSCHEIDUNG
gefallen
ist ...



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

28/1993

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König. **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 10050). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.